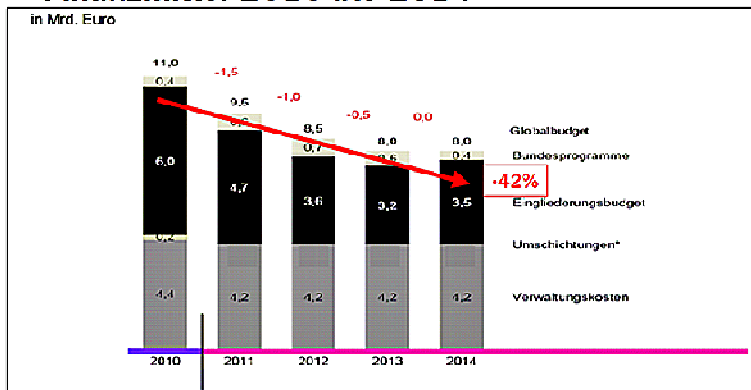


Finanzmittel 2010 bis 2014



Der KDA tritt für eine wirkliche Instrumentenreform ein, die:

- die Arbeitsförderung nicht als bloßen Kostenfaktor, sondern als Investition in die Zukunft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt begreift;
- allen Arbeitssuchenden einen Rechtsanspruch auf passende Qualifizierung und Beratung bietet;
- besonders für Menschen mit erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt auch dauerhafte geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten bereithält;
- geförderte Beschäftigung an den Kriterien

guter Arbeit ausrichtet – nur wenn sie arbeitsvertraglich geregelt, sozialversicherungspflichtig, freiwillig und auskömmlich ist, ermöglicht sie tatsächlich soziale Teilhabe.

Die Würde des Menschen als Ebenbild Gottes ist nicht teilbar und keine Frage der Kassenlage. Sie ist untrennbar mit der Partizipationsmöglichkeit am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsleben verbunden.

Daher dürfen Politik und Gesellschaft in ihrer Verantwortlichkeit für die vom Arbeitsmarkt bisher ausgeschlossenen Menschen nicht nachlassen und müssen sich für ihre Teilhabe einsetzen.

Quelle: Sell 2010

Impressum:

V.i.S.d.P.:
Ingeborg Danielzick

Redaktion:
Antje Eilers
eilers.forum@kirche-bremen.de

MaR **Zwischendurch** ist eine Gemeinschaftsproduktion von:

Arbeit und Zukunft e.V.
Hollerallee 75 • 28209 Bremen
Telefon 0412/3461510

Stiftung Die Schwelle

kda Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

Hollerallee 75
28209 Bremen
Tel.: 0421-3461523/22

MITTENDRIN am Rande

Zwischendurch!

MITTENDRIN am Rande

Die Herbstausgabe der „Mittendrin am Rande - **Zwischendurch**“ beschäftigt sich diesmal mit den angekündigten und erwarteten Kürzungen der öffentlich geförderten Beschäftigung in Bremen. Was bedeutet die weitere Reduzierung finanzieller Mittel für die Beschäftigungsträger und die Mitarbeitenden dort. Viele Arbeitsplätze gerade junger Leute stehen im sozialen Arbeitsmarkt in Bremen vor dem Aus! Unsere Veranstaltung im November beschäftigt sich mit den konkreten Auswirkungen von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten auf die Betroffenen:

Lesung mit Esther Schröder:
10.11.2011, 20 Uhr, im forum Kirche
Vermittelt - Verwaltet - Vergessen: Was Ein-Euro-Jobs mit Menschen machen

Johannes Stockmeier (62), ist seit 1998 Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes in Baden. Seit 2001 ist er Mitglied im Diakonischen Rat und seit 2005 Vorsitzender des Finanzausschusses des Diakonischen Rates.



Öffentlich geförderte Beschäftigung im Lichte von Kürzungsplänen ...

Diakonie:

Langzeitarbeitslose weiter aktiv fördern
(Pressemitteilung 8.9.2011)

Arbeit ist Voraussetzung für gesellschaftliche Integration. "Die Haushaltspolitik der Bundesregierung setzt die falschen Schwerpunkte. Wir brauchen den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung und mehr Qualifikationsförderung statt einer rigiden Kürzungspolitik zu Lasten sozial Benachteiligter", erklärt der Diakonie-Präsident.

Aus Sicht der Diakonie muss die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt genutzt werden, um gerade jetzt Langzeitarbeitslose intensiv zu unterstützen. "Menschen mit gesundheitlichen Problemen, mit niedriger Qualifikation, mit sozialen Schwierigkeiten brauchen Förderung, um im Arbeitsleben wieder Fuß zu fassen. Dazu sind finanzielle Mittel und ein langer Atem notwendig. Die Bundesregierung setzt stattdessen die

Kürzungspolitik in diesem Bereich weiter fort und streicht bei den Eingliederungsmitteln fast eine Milliarde Euro", kritisiert Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier am Donnerstag anlässlich der Haushaltsdebatte im Bundestag.

Die Diakonie appelliert an die Bundesregierung, die Mittel zur Förderung von Langzeitarbeitslosen nicht weiter zu kürzen. "Wir setzen uns für den Ausbau eines sozialen Arbeitsmarktes ein. Wir brauchen sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Beschäftigung, die Menschen mit Schwierigkeiten eine Chance auf Integration und soziale Teilhabe eröffnet", betont Stockmeier.

Die diakonischen Anbieter von Arbeitsmarktdienstleistungen und Qualifizierungsmaßnahmen eröffnen vor allem den am stärksten benachteiligten Langzeitarbeitslosen Perspektiven. Qualität in der Arbeitsmarktförderung ist jedoch nur mit einem verlässlichen finanziellen Rahmen zu gewährleisten.

**Bremens stärkste
Regierungsfraktion
erklärt im eigenen
aktuellen Regie-
rungsprogramm:**

[...]“Eine erhebliche Anzahl von Arbeitslosen wird allerdings auf absehbare Zeit keine Aussicht auf einen regulären Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Für diesen Personenkreis brauchen wir öffentlich geförderte Beschäftigung. Nicht nur als Ersatz für den ersten Arbeitsmarkt, sondern als Mittel, um diese Menschen wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen und auch, um Arbeit über soziale Teilhabe zu ermöglichen.“[...]

[...]“Um das Ziel der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt für möglichst viele zu erreichen, **brauchen wir darüber hinaus weiterhin unterschiedliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen**, die insbesondere auch mit den Programmen zur Deckung bestehender Bedarfe in sozial benachteiligten Stadtteilen in Bremen und Bremer-

haven verzahnt werden. Wir werden die bestehenden Förderinstrumente in Anspruch nehmen und **hierbei gezielte Maßnahmen zur Frauenförderung im Blick haben**. Soweit Förderprogramme des Bundes oder der Europäischen Union eine Kofinanzierung durch das Land voraussetzen, streben wir eine Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Haushalt an.

Wir setzen uns mit allen Mitteln gegen den sozialpolitischen Kahlschlag der Bundesregierung in diesem Bereich ein. Wir wollen für das Land Bremen ein Konzept zur Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Strukturen erarbeiten, das die besonderen Bedarfe beider Städte im Bereich der verschiedenen arbeits-



marktpolitischen Maßnahmen berücksichtigt.“ [...]

Der KDA wird die politische Entwicklung hierzu im Auge behalten!



Thomas Tscheu, Geschäftsführer der ProJob Bremen gemeinnützige GmbH:
Aufgrund der massiven Kürzungen musste die ProJob bereits in diesem Jahr drei erfolgreiche Projekte für junge Arbeitslose bis 25 Jahre bzw. für ältere Langzeitarbeitslose einstellen.

Hierdurch verloren 37 Menschen ihre geförderte Stelle und 6 festangestellte Mitarbeitende ihren Arbeitsplatz. Ob als Injobber/in oder sozialversicherungspflichtige/r Mitarbeiter/in, der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet immer existenzielle Sorgen und

eine massive Reduzierung der Teilhabe in unserer arbeitsorientierten Gesellschaft.

Dabeisein im Team, spüren was man/frau schafft und ein Danke für die erledigte Dienstleistung zu hören, bedeutet Wertschätzung und Integration. Darüber hinaus erhalten die Stadtteile durch vielfältige arbeitsmarktpolitische Projekte große soziale Unterstützung. Bei der anonymen Befragung aller Teilnehmenden gaben aktuell 96% an, dass sie ihre Tätigkeit in unseren Projekten für gesellschaftlich sinnvoll halten. 10,71% der Injobber/innen konnten wir sogar in den Arbeitsmarkt vermitteln. Jedes Bemühen dafür war eine gute und nachhaltige Investition öffentlicher Mittel.

Die Instrumentenreform der Bundesregierung dezimiert jetzt jedoch die Perspektiven und Chancen zur Integration und wird somit auf dem Rücken der langzeitarbeitslosen Menschen ausge-
tragen.

Mitarbeiterinnen des Mütterzentrums Tenever:

Wir machen uns große Sorgen, dass die hohe Motivation der MitarbeiterInnen sinken wird durch Kürzungen der öffentlich geförderten Beschäftigung, durch Beschäftigung ohne Qualifizierung (Zukunftsaussichten chancenlos). Das wird gerade in einem Stadtteil wie Tenever, der sich in den letzten Jahren erfolgreich entwickelt hat, große Auswirkungen haben und zurückgehen auf eine Stigmatisierung des Stadtteils.

Wir brauchen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Injobs mit Qualifizierung und langfristige Beschäftigung.

Monika Börding, Geschäftsführerin der frauenbetriebe quirl e.V. :

Konkret betreffen uns die aktuellen Kürzungen in der öffentlich geförderten Beschäftigung ganz massiv. Zum einen haben wir schon

jetzt Einnahmeverluste, die die Institution quirl schwächen. Denn trotz sinkender Einnahmen sind wir gehalten eine qualitativ hochwertige Infrastruktur an Personal und Räumlichkeiten vorzuhalten, um die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umsetzen zu können.

Zum zweiten haben wir große Sorge um die Zielgruppe Frauen im SGB II Bezug, für die diese Instrumente eine Chance zur Integration in den Arbeitsmarkt bedeuten.



Vortrag:
Menschwürdige Arbeit für Hausangestellte
Entstehung und Bedeutung der ILO-Konvention

Dienstag, 15. November 2011, ab 18 Uhr im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer
Bürgerstr. 1
28195 Bremen